

Energiewende

Geringer Netzausbau bedroht Investitionen

Windenergie ist zur wichtigsten Stromquelle geworden. Doch explodierende Kosten und ein neues Paket der Bundesregierung bereiten der Branche Sorgen.

Von Oliver Ristau

Beim Blick auf die Zahlen könnte in der Branche eigentlich Optimismus herrschen: Die Windenergie ist zur bedeutendsten Stromquelle in Deutschland geworden. Im ersten Halbjahr 2026 sorgte sie an Land und auf See zusammen für 26 Prozent der Bruttostromerzeugung, zwei Prozent mehr als im Vorjahr. Der Zubau an Neuanlagen wurde nur im Rekordjahr 2017 übertroffen.

Und bei den Genehmigungen ist der Stau der Vorjahre Geschichte: Sie liegen auf historisch höchstem Niveau. 2025 und 2026 (bis 30. Juni) erhielten Vorhaben für 21 Gigawatt (GW) Leistung die behördliche Genehmigung. Das entspricht rechnerisch 30 Prozent aller an Land bisher installierten Anlagen.

Doch weil mittlerweile schneller genehmigt als gebaut wird, geraten die „Zuschlagswerte unter Druck“, wie ein Sprecher des Bundesverbandes der Windenergie (BWE) erklärt. Um einen Anspruch auf Förderung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sowie auf Netzanschluss zu erhalten, ist ein Zuschlag bei den vierteljährlichen Ausschreibungen der Bundesnetzagentur (BNetzA) notwendig.

Weil viele Projektplaner auf genehmigten Vorhaben sitzen, ist der Wettbewerb hoch und die Ausschreibungen vielfach überzeichnet. Die Folge: Der durchschnittliche Zuschlagswert lag im ersten Halbjahr 2026 mit 5,34 Cent je Kilowattstunde (kWh) fast zwei Cent niedriger als noch 2024.

Installationen werden teurer

Und das bei steigenden Aufwendungen. So legten die Installationskosten inklusive Fundamente bei Landanlagen laut einer Untersuchung der Deutschen Windguard seit dem Jahr 2020 inflationsbedingt um rund 20 Prozent auf mehr als 1200 Euro je Kilowatt Leistung zu. Die gestiegenen Zinsen der Europäischen Zentralbank seit 2022 von 0,5 Prozent auf zeitweise 4,5 Prozent machen außerdem die Finanzierung teurer. „Das hat die ursprünglichen Kalkulationen der Windenergieplaner erheblich verteuert“, sagt Andreas Fischer, Senior Economist für Energie- und Klimapolitik am Institut der deutschen Wirtschaft (IW) aus Köln.

Besonders betroffen: Projekte auf See. „Manche Entwickler möchten die Zuschläge aus der Vergangenheit wieder zurückgeben“, so Fischer gegenüber dem Tagesspiegel. Unternehmen hatten in der Vergangenheit teilweise

0-Cent-Gebote abgegeben, weil sie davon ausgegangen waren, die Anlagen auch ohne EEG-Förderung betreiben zu können. Um solche Rückzieher in der Zukunft nicht mehr gratis zu ermöglichen, hat die Bundesregierung mit ihrer jüngsten Novelle des Windenergie-auf-See-Gesetzes eine finanzielle Sicherheitsleistung eingeführt, die bei einem Zuschlag zu hinterlegen ist.

Gleichzeitig hat sie für eine bessere Wirtschaftlichkeit der Projekte die Regellaufzeit der Parks von 25 auf 35 Jahre angehoben. Ob damit das Ziel, bis 2045 70 GW an Leistung in den Meeren zu verankern, aufgeht, hängt nach Auskunft der Branchenverbände von den konkreten Regelungen zur Preisfindung ab.

Netzpaket bereitet Sorgen

Die größte Sorge bereitet der Branche das sogenannte Netzanschlusspaket der Bundesregierung, das derzeit im parlamentarischen Verfahren ist. Damit drohe „die Einführung einer bundesweiten Wirkleistungsbegrenzung, die ohne Bestandsschutz ab dem 1. Januar 2027 gelten soll und sowohl erteilte Genehmigungen als auch Zuschläge betrifft“, fürchtet der BWE-Sprecher. „Dies hat bereits jetzt Auswirkungen auf die Finanzierungskonditionen, beispielsweise in Form höherer Eigenkapitalanforderungen.“

Im Kern geht es darum, dass die pauschale Entschädigung für Abregelungen durch die Netzbetreiber entfallen soll. Bisher erhält jede Windturbine auch dann die volle EEG-Förderung, wenn die Anlage wegen Netzengpässen abgeschaltet wird.

„Die Kritik von Seiten der Erneuerbaren-Betreiber ist verständlich“, findet IW-Ökonom Fischer. „Wenn sie künftig nicht mehr einfach dauerhaft einspeisen können, sondern nur noch dann vergütet werden, wenn der Strom auch gebraucht wird, ist das für die Planungssicherheit von Nachteil. Andererseits ist es vom effizienten Stromsystem aus betrachtet nachvollziehbar, in diese Richtung zu gehen.“ Schließlich kostet das sogenannte Redispatch die heimischen Stromkundinnen und -kunden Jahr für Jahr einen dreistelligen Millionen-Betrag: 2025 waren es für alle erneuerbaren Energien rund 430 Millionen Euro.

Ausbau des Verteilnetzes

„Um die wirtschaftlichen Folgen für die Windbranche gering zu halten, ist deshalb ein zügiger



Gegenüber 2020 sind die Installationskosten für Landanlagen um 20 Prozent gestiegen.

Messe Windenergy Hamburg

Bis zum **25. September** stehen bei der diesjährigen Messe Energiespeicher und intelligentes Energiemanagement im Fokus. windenergy-hamburg.de

Netzausbau wichtig“, sagt Andreas Fischer. Der betrifft vor allem die Ebene der Verteilnetze, in die neue Windparks mit 110 Kilovolt meistens einspeisen. Dort besteht noch ein erheblicher Nachholbedarf, wie eine Studie der BBH Consulting zeigt.

Der Tenor: „Bis 2045 müssen sich Verteilnetze von einer überwiegend passiven Transportinfrastruktur zu einer digitalen, aktiv

steuerbaren und resilienten Systeminfrastruktur weiterentwickeln.“ Nur dann können die Anlagen etwa im Zusammenspiel mit Photovoltaik und Batteriespeicher flexibel und rentabel betrieben werden. Doch auch hier müssen noch Multi-Milliarden-Investitionen fließen. Das zeigt: Der Weg der Windenergie ist noch von vielen Herausforderungen gekennzeichnet.

ANZEIGE

RWE

Unsere wichtigste Energiequelle: Tatkraft.

Unsere Energie kennt keine Grenzen. Wir planen, finanzieren, betreiben und vermarkten Windparks. Mit PPAs, Direktvermarktung, Optimierung und weiteren Dienstleistungen schöpfen wir das volle Potenzial von Wind- und Batteriespeichieranlagen aus.

Mehr dazu auf rwe.com

Besuchen Sie uns auf der **WindEnergy** Stand A1.309